

Berliner Tageblatt und Sonntags-Zeitung... Herausgeber: Theodor Wolff in Berlin.



Abonnement-Preis... durch den Postweg... Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 472 37. Jahrgang

und Handels-Zeitung.

Mittwoch 16. September 1908

Hierzu die Wochenbeilage Technische Rundschau No. 38.

Der interparlamentarische Kongress in Berlin.

Von [Nachdruck verboten.]

Heinrich Prinz zu Schönau-Carolath.

Mitglied des Reichstages, erblignes Mitglied des Herrenhauses.

Am 17. September dieses Jahres tritt der XV. interparlamentarische Kongress in Berlin zusammen. Zum ersten Male in Deutschland. Am 16. September wird die deutsche Gruppe in den Wandelhallen des Reichstages den freudig empfangenen Gästen den Willkommensgruß bieten.

Dank dem Entgegenkommen der verbündeten Regierungen, insbesondere des Herrn Reichskanzlers, der auch die Freundschaft haben wird, die Mitglieder des Kongresses zu begrüßen und bei sich zu empfangen, wird es möglich sein, die Gäste Deutschlands auch in Berlin würdig aufzunehmen.

Und der Zweck des Kongresses? Es wird mancher fragen! Derselbe ist, um es in wenigen Worten zu sagen, folgender: er gilt der Verständigung, der Weiterentwicklung der Schiedsgerichte, deren stolzer Bau sich im Haag erhebt, der Schlichtung der auftauchenden Streitfragen auf friedlichen Wege unter voller Anerkennung der Souveränität der einzelnen Staaten.

Die Union interparlamentarische ist keine Friedensgesellschaft, wohl aber ist sie bemüht und bestrebt, durch Schiedsgerichtliche Verhandlungen, Entfernungen und Störungen im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens zu beseitigen und zu begreifen, und auf diese Weise dient sie, da ihr nur Mitglieder der Parlamente aller konstitutionellen Länder angehören, in ganz hervorragender und dankenswerter Weise zur Erhaltung des Friedens.

Manch einer mag spöttisch lächeln über diese „parlamentarische Union“, manch einer mag die Tätigkeit dieser „parlamentarischen Union“ gering achten und gering einschätzen, nichtsdestoweniger wird die Bedeutung derselben durch den engeren Zusammenschluß und die Verständigung der Parlamentarier der ganzen zivilisierten Welt fortgesetzt gehoben, es wird auch durch ihre Tätigkeit der Beweis erbracht werden, daß dieselbe ein nicht zu unterschätzender einflussreicher Faktor des öffentlichen Lebens ist, und daß derjenige, der ihren Bestrebungen sich anschließt, ebensowohl für die friedliche Gestaltung im allgemeinen wie im einzelnen, im weiteren wie im engeren, sich nützlich erweisen kann.

Möchten auch die Arbeiten des Kongresses in der Hauptstadt des Deutschen Reiches mit vollem Erfolge gekrönt sein, daß ist unser aufrichtiger Wunsch und unser Willkommensgruß, allen unseren lieben Gästen gewidmet!

Möchte die Erinnerung an die in Berlin verlebten Tage allzeit eine angenehme für sie sein, und möchte das große Werk der Aufrechterhaltung des Friedens und der Ausgestaltung und Befestigung freundschaftlicher Beziehungen unter den Völkern gerade durch den Berliner Kongress in schönster Weise gefördert werden.

Möchten alle, ohne Unterschied der Partei, wie dies auch anderwärts geschehen, unsere Gäste mit uns freudigst „Willkommen“ heißen.

Die deutsche Gruppe der interparlamentarischen Union hat gestern abend zu einer vorbereitenden Sitzung im Reichstage verhandelt. In dieser Sitzung erschienen auch die bereits in Berlin anwesenden Mitglieder der amerikanischen Delegation, um ein Geschenk der amerikanischen Parlamentarier an die deutschen zu überreichen. Das Geschenk besteht in einer großen seidnen Fahne in den deutschen Reichsfarben Schwarz-Weiß-Rot. Ein langes, schwarzes Seitenband, das die Fahne schmückt, trägt die Aufschrift: „Friede auf Erden!“ Die Fahne wurde von dem Führer der Delegation, Dr. Barthold, mit einer längeren Ansprache übergeben.

Als Mitglieder der interparlamentarischen Friedenskonferenz haben sich auch verschiedene ausländische Minister angemeldet: so der belgische Minister Dupont, die ungarischen Minister Graf Kypsonyi und Dr. Günther, aus Schweden Ministerpräsident Gunnar Knutson aus Italien Graf Sonnag. Außerdem wird eine Reihe Minister a. D. erscheinen.

Die Tagesordnung

der XV. Interparlamentarischen Konferenz.

- 1. Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und Sekretaren. 2. Prüfung der Fragen, die auf der III. Haager Konferenz erörtert werden mußten, durch die Gruppen der interparlamentarischen Union. 3. Diskussion der Anträge, die auf der II. Haager Konferenz der Frage des obligatorischen Schiedsgerichts gegeben worden. 4. Unberücksichtigung des Privateigentums zur See. 5. Errichtung eines internationalen Preisgerichts. 6. Revision der Statuten. 7. Wahl der Mitglieder des interparlamentarischen Rates. 8. Bericht des interparlamentarischen Bureau. 9. Antrag der italienischen Gruppe auf Einberufung der Konferenz in Rom im Frühjahr 1911.

Wie man sieht, bezeichnet die offizielle Tagesordnung noch den belgischen Staatsminister Beernaert als Berichterstatter zu den Fragen des Schiedsgerichtswezens. Herr Beernaert hat schon auf die Weise nach Berlin verdrängt werden müssen, da er bei einem Unfall in Rom den Arm gebrochen hat. Was uns ein Privat-Telegramm aus Brüssel meldet, ist er so weit hergestellt, daß er von Rom nach St. Moritz weiter reisen konnte.

Der Präsident der amerikanischen Gruppe über die Bedeutung des Kongresses.

Wie wir weiter oben berichtet, hat Dr. Barthold, der Präsident der amerikanischen Gruppe, den deutschen Parlamentariern gestern abend eine Friedensrede überbracht. Dr. Richard Barthold, dessen Familie aus Deutschland stammt und der den Kongress der interparlamentarischen Union in St. Louis leitete, hat einem unserer Mitarbeiter seine Ansichten über die Bedeutung des Kongresses in folgender Weise dargelegt:

Ich möchte in erster Linie ganz allgemein auf die große Bedeutung hinweisen, zu der sich unser dem Frieden geweihtes Werk in den wenigen Jahren seines Bestehens im Rate der Völker aufgeschwungen hat. Schon allein der Umstand, daß wir jetzt den XV. interparlamentarischen Kongress abhalten können, die bloße Tatsache, daß nun neunhundert Parlamentarier aller zivilisierten Länder, darunter beispielsweise vierhundert Franzosen und drei hundert Engländer, sich in Ihrer Reichshauptstadt zusammengefunden haben, und der idealen Sache der internationalen Eintracht ihre Beratungen zu widmen, beweist unübersehbar, daß unsere Idee eine gesunde, durchführbare ist und keine Utopie. Ich meine die alle unsere Bestrebungen und Verhandlungen krönende Idee der Schaffung internationaler Gerichtshöfe, die Recht sprechen sollen unter den Völkern, die vermittelt, vorentscheidend, tabelnd eingreifen sollen bei Streitigkeiten und Bewickelungen internationaler Natur, und bei denen die Nationen ihr Recht suchen und finden sollen, wie die Privatpersonen beim Richter. Wir erstreben die Abschaffung der zuerst hervorgebrachten, geradezu anarchischen Zustände, in denen die rohe Gewalt der Waffen fast einzig und allein zu entscheiden pflegt, was „Rechtens“ ist. Auch wir erstreben die Abschaffung des Duells unter den Völkern und wir wollen an seine Stelle, an die Stelle des oft fahrenden Unrechts das Recht setzen, an die Stelle der rohen Willkür feste gesetzliche Normen. Das wird den Krieg aus der Welt schaffen werden mit dem, was wir erstreben, das glauben wir keineswegs; er soll aber erst entscheiden, wenn alle Mittel der Güte und vor allem der Vernunft erschöpft, wenn alle vordietlichen Mittel erfolglos geblieben sind. In diesem Sinne wollen wir auch vor allem das schlichte Eingreifen betterer Mächte, die Intervention, international-gesellschaftlich ausgestaltet. Doch das sind Zukunftsideen, die sich nur in zäher, ununterbrochener Tätigkeit verwirklichen lassen. Immerhin aber liefern die zahlreichen Schiedsgerichte innerwärts der letzten Jahrzehnte wie die Erfolge im Haag den Beweis, daß es in vielen Fällen eben auch so geht. Und ich wiederhole: selbst wenn wir auf dem diesjährigen interparla-

mentarischen Kongress noch nichts erreichen, die Diplomatie für unsere Ideen noch nicht erwärmen wollen, so können wir uns doch gratulieren zu diesem großartigen Kongress und seiner feierlichen Idee, für die sich übrigens zu unserer Freude auch der deutsche Kronprinz interessiert, der den Kongress für Sonntag nach Potsdam ins Marmerpalais geladen hat.

Die Interparlamentarische Konferenz und die Friedensbewegung.

Von [Nachdruck verboten.] Professor Dr. L. Quide-München, Mitglied des bayerischen Landtages.

Heute tritt in der Hauptstadt des Deutschen Reiches die 15. Konferenz der „Interparlamentarischen Union“ zusammen. Es ist das erste Mal in den zwanzig Jahren seit Bestehen dieser Vereinigung, daß sie auf deutschem Boden tagt. Nicht Zufall ist es, daß sie so spät zu uns kommt, so spät zu uns eingeladen wurde. Es kommt darin die Tatsache zum Ausdruck, daß in keinem der großen Kulturländer die Zurückhaltung gegenüber diesen Trägern eines neuen politischen Internationalismus, die Stepis gegenüber den lebenden Ideen des neuen Völkerrechts so stark gewesen ist wie bei uns in Deutschland. Die ausländischen Interparlamentarier wären längst gern nach Deutschland gekommen; aber die Führer der deutschen Gruppe trugen lange Zeit, und wohl nicht ohne Grund, Bedenken, ob der Konferenz bei uns in amtlicher und nicht-amtlichen Kreisen die gewünschte Aufnahme zuteil werden würde. Das ist jetzt glücklicherweise überwunden. Freuen wir uns, daß der Baum geerntet ist!

Spuren der alten Zurückhaltung, Vorzicht und Stepis sind aber noch genug zu bemerken. Eines der Symptome ist die Geflisslichkeit, mit der in Rundgedungen, die in den letzten Tagen aus dem Kreise deutscher Interparlamentarier hervorgegangen sind, der Unterschied dieser Konferenzen von der internationalen Friedensbewegung stark betont wird. Man sucht möglichst weit von ihr abzurücken und betont, daß es sich nicht wie in der Friedensbewegung um „Wohlfrieden“ und „Anerkennung“, sondern um Entwicklung der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit handle oder noch schärfer, wie in einem Artikel des Reichstagsabgeordneten Dr. Arendt, die Konferenz solle wohl „dem Frieden und der Verständigung unter den Völkern dienen, aber nicht auf den utopischen Wegen der Friedensgesellschaften, sondern auf dem Boden der realen Politik.“

In Deutschland hat nach der Reichsgründung aus völkerysiologisch sehr begreiflichen Gründen ein so einseitiger Kultus der Macht, materieller Machtmittel, äußeren Erfolges, nationaler Kraftentfaltung eingesetzt, das gegen die seit Jahrzehnten systematisch mißhandelten idealistischen Motive und internationalen Ziele politischen Handelns ein ebenso tief wurzelndes wie oberflächlich urteilendes Mißtrauen sich weit verbreitet hat. Wir Deutsche sind aus einem Volk idealistischer und weltbürgerlicher Schwärmer zu einem Volk übersehtischer und nationalistischer Realpolitiker geworden. Es begreift sich, daß die deutschen Interparlamentarier glauben, mit diesem Vorurteil rechnen zu müssen. Wer bei uns für eine Sache wie internationale Verständigung eintritt, muß zu allererst sich gegen den Verdacht wehren, ein „Mißip“ zu sein, und das kann er am leichtesten, vielleicht auch beim großen Publikum am wirksamsten, wenn er einen anderen als Mißipfen kennzeichnet, von dem er selbst, der Realpolitiker, sich zu seinem Vorteil himmelweit unterheide.

Ich stimme mit Herrn Dr. Arendt und seinen publikistischen Gefährten ganz überein in dem Wunsch, dem deutschen Publikum begreiflich zu machen, daß es eminent realpolitische, für die Entwicklung der Menschheit (wenn ein Realpolitiker von der „Menschheit“ sprechen darf) und der eigenen Nation, für die Sicherung der friedlichen Wohlfahrt alles höchst wichtige Dinge sind, mit denen sich die interparlamentarische Union beschäftigt. Wenn aber die Friedensbewegung und die Friedenskonferenzen für den in nationalistischen Vorurteilen befangenen deutschen Mißipfen den verächtlichen Hintergrund abgeben sollen, uns von ihm die vertrauenswürdige Sichtgehalt der interparlamentarischen Konferenzen wirksam abzugeben, — dann fühle ich mich verpflichtet, auch als Teilnehmer dieser Konferenz im Namen der deutschen Friedensbewegung und auch der internationalen Kongresse Bewahrung einzulegen. Als Vorkämpfer des vorletzten Friedenskongresses, der im vorigen Jahre in